Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.00 Mk., vierteljährlich 3.00 Mk., durch die Post 3.25 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet.
Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176;
der Bezugs-Abteilung Nr. 1138;
Postscheckkonto Leipzig 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Fünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk.
Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. 11 Uhr, in der Sonnabendnummer abends 6 Uhr. — Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen.

Erscheint täglich zweimal.
Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Nebengeschäftsstelle Markt 24.

Nr. 107. **Halle, Sonnabend, den 4. März** **1916.**

Verschärfung der Spannung zwischen Amerika und Deutschland

Stone gegen Wilson.

WTB. **Washintgon, 2. März. (Reuter.) Im Senat sagte Stone, die Haltung des Präsidenten sei die, daß er, wenn ein deutsches Unterseeboot ein bewaffnetes Handelsschiff versenke, Deutschland wegen eines ungesetzlichen Aktes zur Verantwortung ziehen und, wenn Deutschland auf seinem Standpunkt beharre, geneigt sein würde, die Beziehungen abzubrechen und die Angelegenheit dem Kongreß zu unterbreiten, der über den Krieg zu entscheiden habe. Stone mißbilligte die Haltung des Präsidenten, da er der Anschauung ist, daß ein bewaffnetes Handelsschiff einem Kriegsschiff gleichkomme.**

•

Der amerikanische Kongreß und der verschärfte Seekrieg.

Newyork, 2. März. (Durch Funkspruch vom Vertreter des WTB.) Die gestrigen Vorgänge im Kongreß, die ein Bild geben zugunsten einer Resolution, durch die den Amerikanern geraten werden soll, sich von bewaffneten Handelsschiffen fernzuhalten, beherrschen andauernd die Lage.

Die „Associated Preß" berichtet aus Washington: Viele Vertreter des Repräsentantenhauses und einige Senatoren fürchten, es werde zum Kriege führen, wenn die Amerikaner nicht von bewaffneten Handelsschiffen ferngehalten würden. Gestern wurden sie erregt und beunruhigt durch Nachrichten, wonach Wilson darauf bestände, in keinem Punkte Deutschland nachzugeben, selbst wenn dies zum Kriege führen sollte, ferner daß Wilson erklärt hätte, jeder weitere Angriff auf ein Schiff, wobei ein Amerikaner sein Leben verliere, würde unverzüglich das Ergebnis haben, die diplomatischen Beziehungen ernst zu gestalten.

Senator Gore erklärte: Es scheint mir, daß das Staatsschiff in vollem Lauf auf Felsen treibt. Ich zweifle, daß Deutschland die Sicherheit für bewaffnete Handelsschiffe gewährleisten wird. Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten einen Krieg mit Deutschland rechtfertigen würde auf Grund der Weigerung Deutschlands, das sichere Geleit für solche Schiffe zu gewährleisten. Kanonen an Bord von Handelsschiffen seien ein Ueberbleibsel aus den Zeiten, als Freibeuter und Räuber die Meere befuhren. Es sei kein Opfer an nationaler Ehre, durch eine Warnung den Amerikanern zu verstehen zu geben, solche Schiffe zu meiden. Eine Möglichkeit, auf die außer anderen aufmerksam gemacht wurde, war, daß die ganze Lage auf einen Vorschlag beschränkt werden könnte, daß der Kongreß seine Meinung dahin zum Ausdruck bringe, daß Amerikaner ihr Land nicht in die Gefahr eines Kriegs bringen sollten, indem sie auf bewaffneten Schiffen reisen. Ein solcher Vorschlag könne nicht als ein Aufgeben von Rechten angesehen werden.

Stone veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich gegen jede Maßnahme ausspricht, bevor die durch den Präsidenten geführten diplomatischen Verhandlungen erschöpft wären.

•

(Wiederholt. Bereits in einem Teil der gestrigen Abendauflage enthalten.)

Der Kongreß gegen Wilsons Politik.

c. B. **Rotterdam,** 3. März. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus London: Während der Korrespondent der „Times" und des „Daily Telegraph" in Washington behaupten, daß im Kongreß zweifellos eine Mehrheit zugunsten des Präsidenten besteht, wonach Amerikaner das Recht haben sollen, mit bewaffneten Handelsdampfern zu reisen, sind andere englische Berichterstatter der entgegengesetzten Ansicht. So meldet der „Daily News", daß der Sprecher des Repräsentantenhauses den Präsidenten verständigte, daß im Hause eine Mehrheit von 2 zu 1 gegen Wilsons Politik sei. Wilson glaubt das aber nicht und ist überzeugt, daß die Mehrheit sich auf seine Seite stellen würde.

•

Ford gegen Wilsons Heeresforderungen.

Aus Newyork wird den „Basl. Nachr." gemeldet: Gegen die Wilsonschen Heeresforderungen hat Ford im Inseratenteil führender Blätter einen Feldzug eingeleitet, für den er 1 Million Dollar verwenden will, und in dem er die Wähler auffordert, gegen die Vorlage zur Verstärkung von Heer und Flotte zu stimmen.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

(Wiederholt. Bereits in einem Teil der gestrigen Abendauflage enthalten.)

Der neue Ansturm auf Verdun — Erfolgreiche Kämpfe bei Donaumont, 1000 Franzosen gefangen, 6 Geschütze erbeutet.

WTB. Großes Hauptquartier, 3. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Ypern am Kanal brachen die Engländer in die Stellung „Bastion" ein, die wir ihnen am 14. Februar abgenommen hatten, und stießen sogar in schmaler Front bis zu unserem früheren vordersten Graben durch. Aus diesem wurden sie sofort wieder geworfen. In einzelnen Teilen der Bastion halten sie sich noch.

Südlich des Kanals von La Bassée kam es im Anschluß an feindliche Sprengungen vor unserer Front zu lebhaften Nahkämpfen.

In der Champagne steigerte die feindliche Artillerie ihr Feuer stellenweise zu großer Heftigkeit.

Im Bolante-Walde (nordöstlich von La Chalade in den Argonnen) wurde ein französischer Teilangriff leicht abgewiesen.

Auf den Höhen östlich der Maas säuberten wir nach heftiger Artillerievorbereitung das Dorf Douaumont und schoben unsere Linien westlich und südlich des Dorfes sowie der Panzerfeste in günstigere Stellungen vor. Ueber 1000 Gefangene und sechs schwere Geschütze wurden eingebracht.

Unsere Flieger belegten im Festungsbereich von Verdun französische Truppen erfolgreich mit Bomben. — Leutnant Immelmann schoß östlich von Douai sein neuntes Flugzeug ab, einen englischen Doppeldecker mit zwei Offizieren, von denen einer tot, der andere schwer verwundet ist.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Patrouillengefechte an der Düna östlich von Friedrichstadt sowie an der Serwetsch- und Schara-Front.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. **Wien, 3. März. Amtlich wird verlautbart 3. März 1916: Auf allen drei Kriegsschauplätzen andauernd Ruhe.**

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Vor Verdun.

c. B. **Genf, 3. März. Die zum Beginn des zweiten Abschnittes der Verdun-Kämpfe vorliegenden Kommentare der jüngsten Joffre-Note legen Wert auf die Feststellung, daß nach kurzer Ruhepause das Zusammenwirken der gegnerischen Infanterie und Artillerie an Ungestüm eher zugenommen habe und daß trotz des mit Erbitterung geführten Ringens um jede einzelne der wichtigsten Stellungen keine Veränderung des Besitzstandes zu französischen Gunsten erzielt wurde. Größere Beachtung als das negative Ergebnis finden die hinter der Kampffront vermuteten deutschen taktischen Vorbereitungen. Besonderes Interesse erregt in diesem Zusammenhange die lebhafte Aufmerksamkeit, welche die französische Heeresleitung laut Joffres Note den gegnerischen Verbindungswegen nächst St. Mihiel zuwendet.**

•

c. B. **Genf, 3. März. In keinem Augenblick seit Kriegsausbruch zeigte die französische Regierung dem Parlamente eine solche Willfährigkeit zur Auskunftserteilung in militärischen Angelegenheiten wie gegenwärtig. Manchmal zweimal täglich erscheine Briand zu ermutigenden Unterhaltungen in der Wandelhalle und veranlasse jedesmal eine Sendung optimistisch gehaltener, wenngleich neuer Tatsachen entbehrender Depeschen an die Auslandspresse und die Diplomatie. Oberstleutnant Rousset bedauert, daß Briand die beängstigende Frage über die Ursache der gesteigerten Gefahr im Aermelkanal unbeantwortet gelassen habe. Die durch die jüngste Seekatastrophe hervorgerufene Beklemmung sei wegen der Furcht vor kommenden Dingen kaum minder gerechtfertigt als die Sorge um Verdun.**

•

c. B. **Zürich,** 3. März. Der „Tagesanzeiger" schreibt: Douaumont gewinnt durch die Besitzhaltung durch die Deutschen die gleich große Bedeutung, wie seinerzeit der berühmte 206-Meter-Hügel vor Port Arthur, der das Schicksal jener für uneinnehmbar gehaltenen Festung entschied.

•

T. U. **Lugano,** 3. März. Der „Secolo" veröffentlicht einen Drahtbericht seines Londoner Korrespondenten über die Kämpfe bei Verdun, der die größte Heiterkeit auszulösen geeignet ist. In dieser Darstellung wird auf Grund der neuesten Londoner Informationen die Behauptung aufgestellt, der größte Teil des von den Deutschen gewonnenen Terrains sei auf Befehl der französischen Oberleitung den Deutschen freiwillig überlassen worden, weil man unnötige Verluste vermeiden wollte. Die deutschen Heeresberichte, wonach die deutschen Truppen die französischen Stellungen nach heißen Kämpfen erobert hätten, hätten sicherlich lediglich den Zweck, die Neutralen zu beeinflussen. Diese neueste Darstellung muß um so komischer anmuten, nachdem dasselbe Blatt gestern und an den früheren Tagen lange Besprechungen über die blutigen Angriffe gebracht hat und selbst in der gleichen Nummer an einer anderen Stelle die angeblichen furchtbaren Verluste der Deutschen hervorhebt. Allerdings glaubt das italienische Publikum selbst die widersinnigsten Behauptungen.

Die Kriegssteuern.

Von **Georg Gothein,** M. d. R.

I.

Die Kriegsgewinnsteuer.

Als die Engländer uns ohne Not den Krieg erklärten, hegten sie die Hoffnung, die Kriegskosten aus den laufenden, durch Erhöhung einiger Steuern und Zölle zu vermehrenden Einnahmen zu decken. Der Verlauf des nunmehr 19 monatigen Krieges hat sie rasch eines anderen belehrt. Drei Milliarden Mark monatlich — auf mehr als das belaufen sich ihre Kriegsausgaben jetzt — kann auch das reichste Volk nicht an neuen Steuern neben seinen bisherigen aufbringen.

Bei uns hat man sich solchen Illusionen von vornherein nicht hingegeben. Man hatte besser berechnet, was Kriegführen kostet; man war sich klar darüber, daß während des Krieges, wo der größte Teil des erwerbstätigen Volkes zum Heeresdienst einberufen ist, die Reichseinnahmen ohnehin einen Rückgang erfahren müssen, und daß das ganz besonders stark die Zolleinnahmen treffen müßte, wenn die Einfuhr zum größten Teil unterbunden würde. Die Kriegskosten müssen demnach auf Anleihen genommen werden, die erst zu tilgen sind, wenn die Arbeitskraft der heut im Felde Stehenden wieder dem friedlichen Erwerb dienstbar zu machen ist. Und die bisherigen Erfahrungen mit den Kriegsanleihen haben ja ein glänzendes Zeugnis für Deutschlands Kapitalkraft gegeben.

Freilich, wenn später im Frieden an Verzinsung und Tilgung der Anleihen, an die Deckung der Rentenverpflichtungen gegenüber Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten gegangen werden muß, wird die Aufgabe eine sehr schwere sein. Und deshalb ist es richtig, nicht alles auf Anleihen zu nehmen, sondern wenigstens die etatsmäßigen Ausgaben schon jetzt, ebenso wie einen Teil der Zinsen der bereits aufgenommenen Kriegsschulden aus laufenden Einnahmen zu decken.

Freilich wird der Steuerzahler von allen Seiten hart angepackt. Die Einzelstaaten, deren Einnahmen durch den Krieg gleichfalls erheblich geschmälert worden sind, gehen an eine starke Erhöhung der direkten Steuern. Den Gemeinden, bei denen beides oft in stärkerem Maße zutrifft, bleibt nichts übrig, als den gleichen Weg einzuschlagen. Und wenn Steuerzahlen nie zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehört, so am wenigsten in einer Zeit, wo alles so teuer ist, wo es für die meisten schwer genug ist, für des Lebens Nahrung und Notdurft zu sorgen. Aber Kriegszeiten sind immer schwere gewesen, besonders wenn der Krieg sich in nicht absehbare Länge zieht. Und wir können noch Gott danken, daß wir wenigstens den Feind nicht im Lande haben.

Ist es also nötig, den laufenden Bedarf — abgesehen von den eigentlichen Kriegskosten — durch neue Steuern zu decken, so müssen diese so beschaffen sein, daß sie ohne zu schwer zu drücken getragen werden können. Dazu hat man in erster Linie die Kriegsgewinnsteuer eingebracht.

Zweifellos hat der Krieg, während er der großen Mehrzahl der Steuerzahler mehr oder minder schwere Verluste verursacht hat, einer Minderheit erhebliche Gewinne in den Schoß geworfen. Das sind in erster Linie zahlreiche Kriegslieferanten — übrigens keineswegs alle, denn viele haben an ihren Lieferungen auch Verluste. Es sind weiter die, welche an ihren Waren oder Wertpapieren durch deren Preissteigerungen verdient haben; schließlich alle die Produzenten, bei denen die Preise ihrer Erzeugnisse stärker gestiegen sind, als die Herstellungskosten. An sich ist es ein gesunder Gedanke, daß, wer am Krieg verdient, zu den Kriegslasten herangezogen werden soll.

Leider ist es steuertechnisch nicht möglich festzustellen, ob eine Einkommens- oder Vermögensvermehrung infolge des Krieges oder unabhängig davon oder trotz desselben eingetreten ist. Da bleibt nur übrig, als Kriegsgewinn den Vermögens- oder Einkommenszuwachs während des Krieges anzusprechen. Mir erzählte kürzlich Jemand, während des Krieges habe sich sein Jahreseinkommen um 1½ Millionen Mark vermindert, trotzdem müsse er Kriegsgewinnsteuer bezahlen. Bei allem Mitleid mit dem durch den Krieg so schwer Geschädigten wird man doch den Trost haben, daß hier die Steuer immerhin keinen Unbemittelten trifft. Und die kleineren und mittleren Existenzen, bei denen die Verteuerung der Lebenshaltung mehr ausmacht als der Zuwachs

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160304014/fragment/page=0001

ihres Vermögens, werden durch die Steuer ja nicht getroffen. Der Vermögenszuwachs muß mindestens 3000 Mark betragen, um der Steuer zu unterliegen, und bis zur Höhe von 20 000 Mark macht sie nur 5 Prozent aus, von 20 bis 30 000 Mark 6 Prozent, für die überschießenden 30 000 Mark 6 Prozent, für die nächstfolgenden 50 000 Mark 8 Prozent usw. bis zu 25 Prozent für die eine Million Mark übersteigenden Beträge. Eine Vermögensvermehrung von zwei Millionen Mark wird mit 411 800 Mark belegt. Gewiß eine sehr stattliche Steuer, aber sie macht den davon Betroffenen nicht zum armen Mann.

Freilich, beruht die Vermögensvermehrung auf einer Steigerung des Einkommens, so wird vom Vermögenszuwachs in Höhe dieses Mehreinkommens die doppelte Steuer erhoben; doch unterliegt auch hier ein Unterschiedsbetrag zwischen dem Jahreseinkommen vor dem Kriege und dem Durchschnittseinkommen während der drei Kriegsjahre) bis zur Höhe von 3000 Mark nicht der Steuer; auch wird, wenn das Friedenseinkommen unter 10 000 Mark war, nur das 10 000 Mark überschießende Mehreinkommen der Besteuerung zugrunde gelegt.

Kann man anerkennen, daß der Gesetzentwurf die mittleren Einkommen und Vermögen schonen und nur die großen stark heranziehen will, so ist doch nicht zu verkennen, daß für manche Zweige von Handel und Industrie der Entwurf doch schwere Härten mit sich bringt, die der Reichstag zu beseitigen versuchen sollte. Wenn als Jahreseinkommen vor dem Kriege das letztveranlagte, also das für 1914 veranlagte, gilt, so kann dasselbe durch zufällige Umstände — ungünstige Konjunktur, Geschäftsverluste, Neu- oder Umbauten, Störungen im Betriebe usw. — ein besonders ungünstiges gewesen sein; auch wenn es während der Kriegsjahre noch keineswegs wieder auf die normale Höhe gestiegen ist, würde sich dann eine starke, der Kriegsgewinnbesteuerung unterliegende Steigerung ergeben. Allerdings wird in Preußen das Einkommen aus Handel und Gewerbe nach dem dreijährigen Durchschnitt veranlagt; das ist aber in manchen anderen Bundesstaaten nicht der Fall; in einzelnen gilt das sogenannte Bilanzprinzip, wo die kaufmännische Bilanz des letzten Geschäftsjahres der Besteuerung zugrunde gelegt wird. War das zufällig ein Verlustjahr, so ergeben sich bei großen Unternehmungen, die auch im Kriege lediglich eine normale Rente geben, ganz unangemessene Steuersätze, vor allem eine ungeheure Verschiedenartigkeit je nach den Landesgrenzen, je nachdem z. B. der Zensit in Hamburg oder in Altona wohnt. Hier macht sich eben wieder das Fehlen einer einheitlichen Einkommens- und Vermögensveranlagung für das Reich schreiend geltend. Fehlt doch auch in diesem Gesetzentwurf nicht der ominöse Paragraph: „In einem Bundesstaat, in dem eine Einkommensteuer noch nicht eingeführt ist, trifft die Landesregierung Bestimmungen über die Ermittlung des Kriegseinkommens."

Das sind Zustände, die um so unhaltbarer werden, je stärker und öfter das Reich zu direkten Steuern greifen muß. Ein einheitliches Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuergesetz läßt sich freilich während des Krieges nicht schaffen, da es sorgfältigster Vorbereitung bedarf, aber unmittelbar nach Friedensschluß muß es geschaffen werden, die einfachste ausgleichende Gerechtigkeit verlangt es. Jetzt aber wird der Reichstag versuchen müssen, wenigstens die schlimmsten, sich aus diesem Mangel ergebenden Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

* * *

Die Grundlage für die Ermittlung der Vermögensvermehrung ist das Besitzsteuergesetz, nach dem der Stand der Vermögen für den 31. Dezember 1916 neu zu berechnen ist. Hoffentlich haben wir bis dahin wieder Börsennotierungen, da ohne diese die Wertermittlung doch auf beträchtliche Schwierigkeiten stoßen würde! Die Besitzsteuer (Reichs-Vermögens-Zuwachs-Steuer) ist neben der Kriegsgewinnsteuer zu zahlen.

Nicht jeder Vermögenszuwachs während des Krieges wird der Kriegsgewinnsteuer unterworfen, so nicht der Erwerb von Todes wegen (Erbanfall). Auch die wärmsten Freunde der Erbschaftssteuer können sich damit einverstanden erklären, denn man würde es nicht verstehen, daß, wer Gatten, Vater oder Bruder im Kriege verloren hat, nun noch diese verhältnismäßig sehr hohe Steuer zahlen sollte. Der Besitzsteuer bleiben die Erbschaften aber unterworfen, der Kriegsgewinnsteuer übrigens mit Recht auch insoweit, als ihr der Erblasser unterworfen gewesen wäre, wenn er den Veranlagungszeitraum überlebt hätte.

Als Vermögenszuwachs wird, durchaus zutreffend, nicht angesehen der Vermögensbetrag, der aus der Veräußerung ausländischen Grund- und Betriebsvermögens herrührt, das sich bereits bei der Veranlagung zum Mehrbeitrag im Besitz des Steuerpflichtigen befand, da es bei dieser auch nicht in Anrechnung gebracht wurde. Bei den umfangreichen Verkäufen deutschen Besitzes im Ausland, die infolge des Krieges notwendig wurden, ist das von Bedeutung.

Interessant ist es, wie der Entwurf das Steuerinteresse gegen Umgehungen zu schützen sucht: Zunächst gegen die durch Schenkung oder Vermögensübergabe. Die so auf andere übergegangenen Vermögensbeträge werden dem Schenkenden, nicht dem Beschenkten, als Vermögen angerechnet. Was das für den Fiskus bedeutet, zeige ein Beispiel: Jemand habe einen Vermögenszuwachs von zwei Millionen Mark gehabt; er schenkt ihn seinen vier Kindern, die zusammen 247 200 Mark davon steuern würden, während für ihn bei ungeteiltem Besitz der Steuerbetrag 164 600 Mark mehr beträgt. Uebliche und kleinere Schenkungen und solche aus Anstandspflichtungen werden dem Vermögen des Schenkenden nicht zugerechnet.

Nach dem Besitzsteuergesetz werden dem anzurechnenden Vermögen nicht zugerechnet Juwelen, Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenstände. Die Versuchung lag nahe, sich der Kriegsgewinnsteuer wenigstens zum Teil durch große Käufe von solchen zu entziehen. Dem schiebt der Gesetzentwurf einen Riegel vor, indem sie dem Vermögen zugerechnet werden, „sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand oder für mehrere gleichartige oder zusammenhängende Gegenstände eintausend Mark und darüber beträgt".

Auch der Hinterziehung durch Ankauf ausländischer Grundstücke wird vorgebaut; ebenso müssen im Veranlagungszeitraum erworbene heimische Grundstücke mit dem Anschaffungswert dem Vermögen zugerechnet werden. Es ist also nicht angängig, daß jemand, der sich ein teures Luxusgut mit Hirschjagd kauft, es nur zum landwirtschaftlichen Wert in seinem Vermögensnachweis aufführt. Auch durch Auswandern soll sich niemand der Steuerpflicht entziehen können; er muß Sicherheit für die „besondere Abgabe" — das ist nämlich der absonderliche Name der Kriegsgewinnsteuer — stellen.

Durch das Sperrgesetz vom 24. Dezember 1915 waren die Aktiengesellschaften und sonstigen juristischen Personen verpflichtet worden, die Hälfte ihres Mehrgewinns für die Kriegsgewinnsteuer in Reserve zu stellen. Der jetzige Entwurf gibt jenem Rahmengesetz den eigentlichen Inhalt. Er bringt den Gesellschaften zunächst insofern eine angenehme Ueberraschung, als er den früheren durchschnittlichen Gewinn, über den hinaus von einem Kriegsgewinn erst die Rede ist, von 5 auf 6 Prozent erhöht. An der Verpflichtung zur Rücklage ändert das freilich zunächst nichts. Auch die Steuersätze sind nicht ganz so hoch, wie mancherseits befürchtet wurde; sie steigen von 10 Prozent, bei Mehrgewinn bis 2 Prozent des Kapitals zuzüglich der wirklichen Reservekontenbeträge, bis auf 30 Prozent, bei Mehrgewinn von 20 Prozent und mehr. Allerdings erhöht sich die Abgabe, sofern der durchschnittliche Geschäftsgewinn in den Kriegsjahren zwischen 10 und 15 Prozent beträgt, um 10 Prozent, also z. B. bei 10 Prozent Dividende würde die Steuer nicht 12, sondern 13,2 Prozent des Mehrgewinnes ausmachen; so steigt der Zuschlag bis auf 50 Prozent bei Dividenden von 30 und mehr Prozent. Eine Gesellschaft, die 24 bis 30 Prozent Mehrgewinn aufweist, würde also 45 Prozent davon abzuführen haben.

Auch hier wird man die Staffel als gerecht und zweckmäßig anerkennen können; insbesondere ist zu loben, daß man die Abgabe nicht nach der Höhe des Grund- oder Stammkapitals gestaffelt hat. Denn es ist immer zu erwägen, daß letzten Endes nicht die Gesellschaft, sondern die Gesellschafter die Steuer zu zahlen haben. Und eine Gesellschaft mit kleinem Kapital kann große, kapitalkräftige, eine mit großem Kapital viele kleine kapitalschwache Gesellschafter haben.

Die Begründung gibt auch offen zu, daß die Gesellschaftsbesteuerung eine Doppelbesteuerung ist; sie wird im wesentlichen nur damit begründet, daß die Gewinne in der Hand des Gesellschafters sich verflüchtigen und vielfach zu keinem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs führen. Das ist zweifellos richtig und ebenso unbestreitbar ist, daß damit viele Gesellschafter zur Kriegsgewinnsteuer — wenn auch indirekt — herangezogen werden, deren Einkommen und Vermögen im Kriege keine Vermehrung, sondern eine Einbuße erfahren haben. Deshalb soll man auch mit der Besteuerung bei Gesellschaften nicht zu weit gehen.

Dankenswert ist die Bestimmung des § 23, wonach die Mehrgewinne der Tochtergesellschaften von dem Geschäftsgewinn der Muttergesellschaft abgesetzt werden dürfen, sofern diese mindestens ein Fünftel der Anteile besitzt. Freilich wird damit der keineswegs seltene Fall nicht getroffen, in dem die Muttergesellschaft gar keinen Kriegsgewinn, sondern Kriegsverluste aufzuweisen hat. Ein von der Fortschrittlichen Volkspartei bei den Kommissionsberatung des Sperrgesetzes eingebrachter und in erster Lesung auch angenommener Antrag erschien zweckmäßiger.

Immerhin wird man anerkennen können, daß der Gesetzentwurf die an sich sehr schwierige und spröde Materie mit kundiger Hand und nicht ohne Rücksicht auf berechtigte Interessen behandelt, so kräftig er auch zugunsten des Reiches das Messer ansetzt. Wenn die Begründung betont, daß man mit der Konfiskation der Gewinne auch nicht zu weit gehen dürfe, um nicht der Wagemut und die Unternehmungslust in Handel und Industrie zu lähmen, so kann man ihr nur beipflichten. Gewiß haben sich bei den Kriegslieferungen gar manche bedauerliche Erscheinungen gezeigt; gewiß hat schnöde Gewinnsucht keinen Anspruch darauf, mit dem Mantel der Liebe bedeckt zu werden; aber im großen ganzen sind das doch nur die Ausnahmen, und wir haben alle Ursache mit warmem Dank auf die Leistungen unserer Industrie zu sehen, ohne die wir die bisherigen Erfolge des Krieges nie erreicht hätten.

England.

Ein Handelsabkommen der Entente gegen die Zentralmächte.

WTB. **London**, 3. März. (Reuter.) **Der parlamentarische Korrespondent der „Times" erfährt, daß in den nächsten Wochen Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien wahrscheinlich eine Erklärung unterzeichnen werden, daß keine der vier Mächte ohne Zustimmung der anderen einen Handelsvertrag mit Deutschland oder Oesterreich-Ungarn abschließen darf.**

*

Ein englisches Geschäftsmanöver.

c. B. **Berlin**, 3. März. Die „Tägl. Rundschau" schreibt: Wie wir aus besonders gut unterrichteter Quelle erfahren, hat der bekannte englische Verleger Lord Northcliff zu Beginn des gegenwärtigen Krieges bei der Banca nazionale in Mailand eine Million Franken als Belohnung für diejenigen Zeitungsgeschäfte hinterlegt, welche, solange der Krieg dauert, keine deutschen Zeitungen und Zeitschriften weder in Italien noch in der Schweiz verkaufen oder vertreiben. Angesichts des Prozesses gegen die beiden schweizerischen Generalstabsoffiziere wirft diese Tatsache ein besonders grelles Licht auf die Presse Italiens und auch besonders der italienischen Schweiz. Man erinnert sich, daß in Italien die Tagespresse eine noch viel größere Rolle spielt als bei uns, infolge der leicht erregbaren Bevölkerung. Zu Anfang des Krieges war Italien neutral und erst nach und nach wurde es in die Kriegsstimmung gegen Deutschland hineingehetzt. Man wird also die Bedeutung der mitgeteilten Tatsache leicht begreifen.

*

Acht Gruppen der Verheirateten in England einberufen.

WTB. **London**, 3. März. (Reuter.) Wie von zuständiger Stelle bekanntgegeben wird, wird vor Sonntag ein Aufruf erscheinen, der acht Gruppen der nach dem Derby-System eingeschriebenen verheirateten Männer unter die Fahnen ruft. Die in Betracht kommenden Männer stehen im Alter von 19 bis 26 Jahren.

*

(Wiederholt. Bereits in einem Teil der gestrigen Abendauflage enthalten.)

Eine gemeine Idee.

c. B. **Rotterdam**, 3. März. Das Pariser „Echo de Paris" schlägt vor, den neuen deutschen Unterseebootskrieg dadurch zu beantworten, daß man stets internierte Deutsche und Oesterreicher an Bord der Handelsschiffe mit nimmt.

Vom Stamme der Riesen.

Roman aus der Gegenwart.

Von **Philipp Berges.**

53. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Zum zweitenmal tobt in der alten Stadt der Straßenkampf. Erbittert dringen die deutschen Truppen vor, jeden Fußbreit Weges erkämpfend, sie wollen sich den schon einmal mit dem Blute der Kameraden bezahlten Platz nicht zum zweitenmal wieder entreißen lassen. Neben Belgiern, die ihr Vaterland verteidigen, kämpft englisches Volk. Marinesoldaten, aber dazwischen auch angeworbenes Gesindel, das selbst im Frieden sein Leben auf der Hand trägt und jetzt einen nicht zu verachtenden, gefährlichen Gegner abgibt. Soldatenehre ist ihnen unbekannt, für sie ist der Krieg nichts anderes als eine große wilde Rauferei, in der jedes Mittel der List und der Gemeinheit am Platze ist.

Das Dunkel sank schon, als die Reste des Feindes, verfolgt von den Deutschen, gegen Antwerpen flohen. Kramer, immer einer der Ersten und Vordersten, geriet, als das Kampfgetöse schon schwieg, getrennt von seiner Schar, dreien solcher fliehenden Rowdies in die Hände. Der Riese wehrte sich und setzte seine ganze Stärke ein. Munition hatten die Burschen nicht mehr, aber sie waren auch ohne diese in ihrer Uebermacht fürchterliche Gegner. Einen der Burschen schlug der Offizier zu Boden, aber es wäre ihm dennoch schlecht ergangen, wenn nicht im entscheidenden Augenblick, wie durch ein Wunder, ein Trupp von Soldaten, an ihrer Spitze Ladenburg, auf dem Kampfplatz erschienen wäre. Ladenburg flog heran. Sein Säbel fuhr in dem Augenblick in die Schulter des Engländers, als dieser das Bajonett auf die Brust Kramers gesetzt hatte, im Begriff, zuzustoßen.

Die Freunde blieben beieinander. Jetzt hatte die Artillerie das Wort. Sie setzte sich längs des Flußufers fest und begann das Gelände, über das der Feind hinwegfloh, mit Geschossen zu überschütten. Morgen würden die großen Kanonen mit dem uneinnehmbaren Antwerpen selbst zu reden anfangen. Der Gürtel von Eisen, der es umschlossen hatte, war durchbrochen, der Weg zur alten Hansestadt an der Schelde offen.

Spät in der Nacht, nach diesem heißen und schicksalsschweren Tage, saßen Ladenburg und Kramer noch beieinander. Der Siegesjubel in ihnen war so groß, daß er die Müdigkeit der abgearbeiteten Körper überwand.

„Nun, was habe ich Ihnen prophezeit", sagte Ladenburg strahlend, „wir sitzen wohlbehalten im eroberten Lier."

„Ja, das danke ich Gott und Ihnen, mein lieber Kamerad, Sie haben mir das Leben gerettet."

Und in der Begeisterung, wie die Stunde sie den Siegern gab, erhob Kramer sich und umarmte den neuen Freund.

Kapitel 3.

An einem stürmischen Herbstmorgen, der die ganze Stadt in ein richtiges „Hamburger Wetter" einhüllte, mit jähen Windböen, die von der Alster herüberpfiffen, und kalten Regenschauern, trat Estella Martens, den schlanken Körper in einem weiten Regenmantel verstekt, aus der Villa am Mittelweg. In ihrer Begleitung befand sich ein kleiner, wohlbeleibter Herr in feldgrauer Uniform, die ihm schlecht genug saß. Nicht einmal die Gefreiteknöpfe zierten den Kragen seines Waffenrockes. Aber sein Gesicht war frisch und rosig und seine Bewegungen voll Leben — es war Fritz Krüger, der Tai Pan aus Hongkong. Die beiden schritten, des Wetters nicht achtend, in eifrigem Gespräch den Mittelweg abwärts in der Richtung der Stadt.

„Ganz sonderbar berührt es mich", sagte Krüger, „wieder im alten Hamburg zu sein. Wäre ich nicht rechtzeitig ausgekniffen, dann hätten meine Freunde in Hongkong mich sicherlich in ein Gefangenenlager geschleppt. Vielleicht säße ich jetzt irgendwo an einer ostasiatischen Landstraße und müßte Steine klopfen."

Estella nickte. „In wenigen Häusern wird der Verrat Englands so tief gefühlt wie in dem unsrigen. Meine Mutter ist wie verwandelt. Sie ist zu lange in Deutschland gewesen und zu sehr mit der deutschen Anschauungsweise verwachsen, um sich nicht, wie ich glaube, im geheimen ihrer Landsleute zu schämen."

„Ich bin einer von denen, die gar nicht so hart über Englands Kriegserklärung urteilen", sagte Krüger bedächtig. „Wir Auslandsdeutschen hatten uns einen freieren Blick bewahrt und wir wußten seit langem, daß die großen Fragen der Weltherrschaft zwischen Deutschland und England nur durch einen Krieg gelöst werden können. Deutschland hatte England bereits einen großen Teil des Welthandels entrissen, seine Industrien und seine Technik hatten die englische überflügelt. England führt jetzt den Verzweiflungskampf um seine Vorherrschaft."

„Sagen Sie das nicht zu laut", meinte Estella mit einem kleinen Lachen, „es könnte Ihnen schlecht bekommen. Der Haß gegen die Briten ist ins Sinnlose gewachsen und hat alle Kreise ergriffen. Man läßt kein gutes Haar mehr an ihnen und wirft Schuldige und Unschuldige in einen Topf."

„Ich kann es verstehen, bin ich doch selbst augenblicklich von diesem Haß angesteckt, er gilt aber mehr der völkerrechtswidrigen Kriegführung dieser Edlen. Sie schneiden uns von der Welt ab, verbreiten die schändlichsten Lügennachrichten über uns, und was das Schlimmste ist, sie haben sich nicht gescheut, barbarische Hilfsvölker gegen uns aufzubieten. Ich habe nie die scharfen Worte vergessen, in denen — erinnern Sie sich noch? — damals in Hongkong der liebenswürdige Oberleutnant Ladenburg sein Urteil über Engländer und Japaner zusammenfaßte. Nun, hat er nicht recht gehabt? Sie waren damals, wie es mir schien, etwas böse. Jetzt gehen die sauberen Brüder wirklich Hand in Hand. Der Japs hat die Frechheit gehabt, aus dem tiefsten Frieden mit Deutschland heraus uns ein hundsgemeines Ultimatum zu stellen. Schon tobt der Kampf um Tsingtau. Wir beiden kennen die Kolonie und wissen, daß der verlorene Posten nicht zu halten ist."

„Ich erinnere mich eines jeden Wortes", murmelte Estella.

„Was ist mit meinem Freund Ladenburg geworden? Ich habe seit Monaten nichts von ihm gehört. Natürlich im Felde?"

„Jawohl, im Felde", sagte Estella tonlos.

„Darf ich einmal etwas sagen?" fuhr der Tai Pan fort. „Damals glaubte ich, aus Ihnen beiden könnte vielleicht ein Paar werden."

„Warum?"

„Ja, warum? Ich kann es selbst nicht so recht sagen. Sie paßten so glänzend zueinander."

Aus Estellas Mund kam ein kurzes Lachen, das mehr einem Seufzer glich. „Die Leute, die zueinander passen, kriegen sich nicht immer, im Leben wenigstens nicht; eher schon in Romanen, da kriegen sie sich immer. Als ich in Hamburg meine große Reise antrat, war ich eigentlich schon verlobt, ohne es selbst recht zu wissen." (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160304014/fragment/page=0002

Italien.

Die Opposition der italienischen Sozialisten.

c. B. **Lugano**, 3. März. Mittwoch abend traten die sozialistischen Kammerabgeordneten zusammen und beschlossen, gegen die interventionistischen Strömungen und eventuell gegen die Regierung in schärfste Opposition zu treten. In der nächsten Kammersitzung wird Turati die sofortige Erörterung des Budgets des Ministeriums des Aeußeren verlangen, um die politisch-militärische Lage zu klären und die Verantwortlichkeiten vor der öffentlichen Meinung Italiens festzustellen. Sollte die Regierung auf den Vorschlag nicht eingehen, dann würden die Sozialistengruppen den formalen Antrag stellen, über die Politik des Ministeriums die Debatte zu eröffnen. Der römische Vertreter der „Stampa" sieht voraus, daß die Regierung einer grundsätzlich verlangten Erörterung nicht abgeneigt sei, aber die Frage der Ausdehnung des Krieges nicht zulassen werde, da die Entscheidung darüber einzig und allein der Krone zustehe.

*

Cadornas Bericht.

WTB. **Rom**, 3. März. Amtlicher Kriegsbericht vom 2. März: Ein kleiner feindlicher Angriff bei Marter (Sugana-Tal) wurde zurückgeschlagen. Unsere großkalibrige Artillerie beschoß mit Erfolg den Bahnhof von Toblach. Auf der ganzen Isonzo-Front hält das schlechte Wetter, verbunden mit Schneefällen in den höher gelegenen Teilen, an. An einzelnen Stellen waren unsere Patrouillen tätig, indem sie den Feind in seinen Gräben durch Gewehrfeuer und Werfen mit Handgranaten belästigten. Die Artillerie konnte wichtige Punkte, darunter die Station von Santa Lucia (Tolmein) beschießen. Eine unserer Batterien gewann kühn eine günstige Stellung, eröffnete ein überraschendes Feuer und beschoß wirksam Baracken und Unterkunftsräume des Feindes auf den rückwärtigen Abhängen der Podgora.

Vom Balkan.

Neue Uebergriffe des Vierverbandes gegen Griechenland.

c. B. **Lugano, 3. März.**

„Corriere d'Italia" meldet aus Athen: Die griechische Regierung hat den Gesandten des Vierverbandes eine Notiz in bezug auf die Beschlagnahme eines griechischen Dampfers bei der Insel Milo, welcher 200 Bulgaren nach Kreta beförderte, überreichen lassen. Das Schiff wurde von einem englischen Kriegsschiff angehalten und untersucht und die Bulgaren als Kriegsgefangene in Milo festgehalten. Griechenland fordert jedoch ihre Freilassung sowie die Ausschiffung mit der Begründung, daß die Bulgaren aus Griechisch-Mazedonien stammen und daher griechische Untertanen sind. Aus Kavalla wird gemeldet, daß die Verbündeten eine Anzahl deutscher und österreichischer Staatsbürger als der Spionage verdächtig verhaftet haben.

c. B. **Zürich**, 3. März. **Aus Athen wird gemeldet: Hier ist ein Kriegsrat unter dem Vorsitz des Königs einberufen worden. Es nahmen an ihm teil der Kriegsminister, der Generalstabschef, der Stadtkommandant und die Korpskommandanten Kallaris und Janakitsas.**

*

Der loyale Nikita.

T. U. **Budapest**, 3. März. **Der Berichterstatter des „Az Est" in Barcelona meldet seinem Blatte, König Nikita von Montenegro sei aus dem Grunde nicht in Italien geblieben, weil die Entente gegenüber der italienischen Regierung Mißtrauen hegt. Da er nun seinerseits die Ententedisziplin gebrochen hatte, wollte er nicht in Italien verbleiben, um nicht noch größeren Argwohn auf sich zu laden.**

*

Filipescus „großzügige politische" Sendung.

T. U. **Bukarest**, 3. März. Der Zweck der Petersburger Reise Filipescus wird immer klarer. Ueber das neue abenteuerliche Unternehmen, das Filipescu plant, macht Alexander Triandaphil Enthüllungen im „Eclair de Balkan". Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß der ehemalige rumänische Minister zur Organisierung einer großzügigen politischen Veranstaltung nach Petersburg ging. Seine Reise wurde im Einvernehmen mit dem russischen Gesandten Poklewski-Koziell beschlossen mit dem Ziele, die maßgebenden Kreise Petersburgs davon zu überzeugen, daß in Bessarabien eine große politische und militärische Unternehmung veranlaßt werden muß, für die auch der Zar gewonnen werden soll. Dieser wird über die in Bessarabien zusammengezogenen Streitkräfte eine Truppenschau halten. Er wird an die Soldaten eine Ansprache richten und sie auffordern, dieses Gebiet, das für ewige Zeiten russische Provinz bleiben muß, bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Filipescu übernahm auch unter Mitwirkung der Abgeordneten Krupenskn und Puristkiewitsch, in Bessarabien dafür zu wirken, daß sich die dort lebenden Rumänen offen zu Rußland bekennen und erklären sollen, daß sie russische Untertanen bleiben wollen.

*

Die bulgarische Sobranje.

WTB. **Sofia**, 3. März. Dr. Momtschilow drückte die Befriedigung des bulgarischen Volkes über die Verwirklichung der nationalen Bestrebungen aus und beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Widerlegung der Kritiken, welche die Führer der Opposition gegen die Regierungspolitik gerichtet hatten. Malinow, welcher ein Gründuch forderte, in welchem nachgewiesen werden soll, daß die Regierung alle Mittel erschöpfte, um den Krieg zu verhindern, hielt Momtschilow entgegen, daß Malinow bisher kein Gründuch über die Unabhängigkeitserklärung veröffentlicht habe, welche unter seiner Regierung geschah. Jetzt müsse man mutig und geduldig das Ende abwarten. Die Einigkeit, von der jeder spreche und die jeder wünsche, erfordere die Mitwirkung jedes einzelnen, wenn nicht Bulgarien den schwersten Gefahren ausgesetzt werden sollte. Momtschilow schloß: Jeder von uns ist vor allem Bulgare; das ist die Gewähr eines glücklichen Endes.

Radoslawows Erklärungen.

WTB. **Sofia**, 3. März. („Agence Bulgare".) In der Sobranje erwiderte Ministerpräsident Radoslawow auf die Ausführungen der oppositionellen Redner: Er gebe zunächst seiner Freude über die gewaltige Aenderung Ausdruck, die in den Beziehungen der Opposition zur Regierung seit dem letzten August eingetreten sei, als die oppositionellen Gruppen den gegen die Regierung gerichteten Aufruf ergehen ließen, in welchem sie diese beschuldigten, das Land in ein Abenteuer stürzen zu wollen. Heute machen, sagte Radoslawow, diese Gruppen kein Hehl daraus, daß sie die äußere Politik des Landes billigen, was die Hauptsache sei. Der Ministerpräsident gab sodann eine Darstellung der Ereignisse, welche zur Teilnahme Bulgariens am Kriege führten: Die Zusammenziehung von neuen serbischen Divisionen, welche die Sicherheit der bulgarischen Grenze bedrohten, und die Drohnote, die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Deutschland abzubrechen und der Türkei den Krieg zu erklären. Auf alle diese Provokationen hätte keine Regierung eine andere Antwort erteilen können als die, welche das gegenwärtige Kabinett gab. Zwischen den kriegführenden Gruppen stehend, hätte Bulgarien nur den Wunsch gehabt, in der Neutralität weiter zu verharren, aber die durch den Bukarester Vertrag geschaffene Lage und die Haltung der beiden kriegführenden Parteien, deren jede Bulgarien Kompensationen, worauf es Anspruch hatte, nur unter der Bedingung verbürgte, daß es am Kampfe teilnehme, hätten dem Lande eine andere Richtung vorgeschlagen. Den Schlüssel zu dieser durch die Notwendigkeit gegebenen Lage finde man in der letzten Dumarede Sasanows, in der er erklärte, daß man imstande gewesen wäre, Bulgarien durch die Besetzung von Dedeagatsch zu zwingen, auf die Seite der Entente zu treten. Man habe Bulgarien zu verstehen gegeben, daß möglicherweise die Häfen von Burgas und Warna besetzt werden könnten. Die bulgarische Regierung habe erwidert, daß die bulgarische Nation auf den ersten Landungsversuch in bulgarischen Häfen wie ein Mann sich gegen die Eindringlinge erheben würde. Diese Antwort, sagte Radoslawow weiter, ist vielleicht nicht zur Kenntnis Sasanows gekommen, denn sonst hätte er eine andere Sprache geführt. Die Kammer kann heute feststellen, daß die Ereignisse unsere Politik rechtfertigen. — Der Ministerpräsident ging sodann auf die bei Gelegenheit der Zusammenkunft des Königs der Bulgaren mit den Herrschern der beiden Mittelmächte von diesen gesprochenen Trinksprüche ein, worin gewisse oppositionelle Redner ein Zeichen der Ungewißheit bezüglich der Zukunft und der mit Blut erkauften Neuerwerbungen Bulgariens sehen wollen. Der Ministerpräsident betonte den endgültigen Charakter dieser Erwerbungen und sagte sodann: Uebrigens sind die Gebiete, die wir jetzt inne haben, bulgarisches Territorium, und die bulgarische Nation will nichts, als was ihr vom Gesichtspunkte des Nationalitätenrechtes gebührt. Sicherlich interessiert sich die Regierung für die künftigen Grenzen des Landes, aber sie strebt keine Eroberung an. Wir haben niemals daran gedacht, uns den Albanern aufzudrängen. Es wird in der Welt genug albanische Patrioten geben, die sicherlich die Sorge übernehmen, ihr Land zu organisieren. Sie werden dabei auf kein Hindernis seitens der Bulgaren stoßen. Ueber die Zukunft Serbiens und Montenegros erklärte Radoslawow, nichts sagen zu können. Was Griechenland und Rumänien betrifft, bemerkte der Ministerpräsident, so unterhalten diese Staaten gute Beziehungen zu uns und beobachten eine Neutralität, die nicht zu unserem Schaden ausschlägt.

Die Opposition wies schließlich darauf hin, daß das jüngste türkisch-bulgarische Abkommen noch nicht vom türkischen Parlamente ratifiziert worden sei. Diese Verzögerung, erklärte Radoslawow, kann keinen Grund bilden, bezüglich der Festigkeit des zwischen Bulgarien und der Türkei abgeschlossenen Uebereinkommens Besorgnis zu hegen, schon deshalb nicht, weil das Abkommen von beem gegenseitigen Wunsche eingegeben worden ist, einer guten Nachbarschaft zwischen der Türkei und Bulgarien jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen. Das ist so wahr, fügte der Ministerpräsident hinzu, daß die türkischen Minister im Parlament erklärten, daß das abgeschlossene Uebereinkommen, obwohl es eine Gebietsabtretung von gewissem Umfange in sich schließt, für die Türkei günstig ist. Vom gleichen Gedanken war die bulgarische Regierung ihrerseits beseelt, als sie nicht darauf bestand, in den Besitz von Kirkilisse zu gelangen, was für die Türkei ein schmerzliches Opfer gewesen wäre.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten Radoslawow wurden mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Hierauf nahm die Sobranje die Adresse zur Beantwortung der Thronrede an.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Deutsche Pferde in Texas.

Der Landwirt Christian Schäfer zu Lees in Texas (Vereinigte Staat.) schreibt an die Nord-Texas-Presse: Ich habe über 300 Pferde, habe jedoch, seit der Krieg ausgebrochen, keine verkauft, obwohl die Alliés schon alles probiert haben. Meine Pferde sind erster Klasse: Artilleriepferde. Ich würde meine Pferde lieber erschießen, bevor sie gegen Deutschland gebraucht werden können. Wenn Deutschland sie nicht während dieses Krieges bekommen kann, halte ich meine Pferde, bis der Krieg vorüber ist, und vielleicht gehe ich selbst mit ihnen nach Deutschland. Ich glaube, die Deutschen brauchen Pferde auch nach dem Kriege. Wenn Christian Schäfer nach dem Kriege mit seinen Pferden nach Deutschland kommt, kann er eines warmen Empfanges sicher sein.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 3. März. Am Ministertisch v. Schorlemer, Dr. Beseler.

Der Gesetzentwurf über weitere Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben an die Gemeinden wird ohne Debatte in dritter Beratung angenommen. Ebenso der Gesetzentwurf betreffend Förderung der Besiedelung. Das Fischereigesetz wird nach Ausführungen des Ministers v. Schorlemer einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend Aenderung und Ergänzung einer Bestimmung der Generalsynode-Ordnung wird ohne Debatte in erster und zweiter Beratung angenommen.

Hierauf wird die Beratung des Etats der Justizverwaltung fortgesetzt.

Reinhard (Zentrum): Die Rechtsanwälte und Notare leiden schwer unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Unsere Rechtspflege stand vor dem Kriege auf der Höhe und wird es bleiben.

Staatsminister Dr. Beseler: Eine Gefahr für die Rechtspflege wird bei der sorgfältigen Ausbildung der Juristen aus den Notprüfungen nicht entstehen. Wir werden Sorge tragen, daß die im Felde stehenden Juristen nach dem Kriege in ihrer Laufbahn nicht gehemmt werden. Eine Aenderung des Verfahrens bei den Privatklagen können wir jetzt nicht einführen. Es soll Sorge getragen werden, daß den einberufenen Anwälten möglichst Vertreter gestellt werden. (Beifall.)

Abg. **Liepmann** (nl.): Wir halten die Ausdehnung der Strafbefehle zur Einschränkung des gerichtlichen Verfahrens für zweckmäßig. Die Lage des Grundbesitz- und des Hypothekenmarktes erfordert die Aufmerksamkeit der Justizverwaltung.

Auf die Ausführungen einzelner Abgeordneten erklärt Justizminister **Dr. Beseler:** Bei der Strafbemessung wird allgemein dem Rechtsempfinden des Volkes Rechnung getragen. Bei der Zulassung von Rechtsanwälten, die nicht in Preußen ihr Examen gemacht haben, muß äußerst vorsichtig verfahren werden. Die Strafbefehle gegen Jugendliche sind nicht unbedenklich.

Abg. **Liebknecht** bemerkt u. a., es sei allgemein bekannt, daß Kruppsche Kanonen es waren, mit denen unsere Soldaten zusammengeschossen wurden. Der Redner wird vom Präsidenten Krause zur Ordnung gerufen.

Justizminister **v. Beseler:** Die tiefe Abneigung des Abg. Liebknecht gegen alle staatlichen Einrichtungen ist heute zum Ausdruck gekommen. Er wendet sich gegen alles, was uns teuer ist.

Nachdem die Abgg. **Niessen** (Däne) und **v. Trampczinski** (Pole) im Interesse des Gebrauches ihrer Muttersprache gesprochen haben, worauf Justizminister **v. Beseler** erklärt, daß er dazu nicht Stellung nehmen könne, führt Abg. **Liebknecht** aus: Oesterreich hat gegenüber den Nationalitäten ein schrankenloses Regiment geführt, wie es in Rußland in schlimmen Zeiten nicht vorkam. In Oesterreich gibt es kein Parlament und keine Tribüne. (Große Unruhe.)

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

Deutsches Reich.

„Geschrieben im Felde."

Diese Ortsangabe befand sich, wie Amtsgerichtsrat Dr. Reutner in der „Deutschen Juristenzeitung" mitteilt, unter dem eigenhändigen Testament eines vor dem Feinde gefallenen Soldaten. Das führte zur Ungültigkeit des Testaments. Denn die in § 2231 BGB. vorgeschriebene Angabe des Ortes fehlt zweifellos. Aber der Erblasser hatte sie infolge dienstlicher Anordnung nicht anders abfassen können, weil es streng verboten ist, auf Briefen oder Postkarten den Ort anzugeben, wo sich der Schreiber befindet. Diese Rechtslage ist sehr unbefriedigend. Reutner schlägt deshalb ein Sondergesetz mit rückwirkender Kraft vor, das solche Testamente vor der Ungültigkeit schützen soll.

Tod eines Großindustriellen.

T. U. **Osnabrück**, 3. März. Der Großindustrielle Geheime Kommerzienrat Otto Kromschröder ist gestern gestorben.

Ein Reichsbevölkerungsamt. Zur Lösung der Bevölkerungsfrage schlug Medizinalrat Dr. Richter in Königsberg in einem Vortrag die Gründung eines Reichsbevölkerungsamtes vor mit Abteilungen für Wohnungspflege (Reichssiedelungsamt), Marktaufsicht (Reichsmarktamt) und Pflege des Nachwuchses im weitesten Sinne vom Kinde im Mutterleibe bis zum jugendlichen Arbeiter (Reichsjugendamt).

Ausland.

Gründung einer neuen Dumapartei.

T. U. **Bukarest**, 3. März. **Wie aus Petersburg hierher gemeldet wird, gründete in der Duma Kokowzew eine neue Partei, der sich 20 Mitglieder anschlossen.**

Kunst und Wissenschaft.

Die Geraer Hofbühne brachte als erstes deutsches Theater das Schauspiel „Macbouf" von Frau von Hobe zur Aufführung. Der Vorstellung wohnten die Fürstlichen Herrschaften bei. Das Publikum bereitete dem Werke, das durch Berliner Künstler dargestellt wurde, und der anwesenden Verfasserin eine sympathische Aufnahme.

Halle und Umgebung.

Halle, den 4. März 1916

Beim städtischen Kartoffelverkauf sind am Donnerstag nicht weniger als 18 000 Personen abgefertigt worden.

Kranzspenden.

Wie mögt ihr gegen Kränze reden,
Die man den lieben Toten weiht,
Als gäb' es nur für all' und jeden
Nichts als die kühle Nützlichkeit.
Was man dagegen auch geschrieben,
Die alte Sitte soll bestehn,
Wir wollen die entschlafenen Lieben
Wie vordem unter Blumen sehn.

Diese fein empfundenen Verse haben in dieser gegenwärtigen Zeit eine besondere Bedeutung erlangt. Wohl niemals ist uns der Ernst des Todes nähergerückt und hat in uns das Bedürfnis, unseren Gefühlen für einen lieben Verstorbenen durch eine Kranzspende Ausdruck zu verleihen, mehr wachgerufen, als in der jetzigen Zeit. Unsere Wälder, Baumschulen und Gärtnereien bieten uns ein vorzügliches Material für schlichte und doch würdige Kranzspenden. Es braucht kein Riesenkranz zu sein, den wir einem lieben Verstorbenen als letzten Gruß widmen. Aber wie sollten wir unsern Dank, unsere Liebe für einen Verstorbenen zum Ausdruck bringen, wenn wir die Kranzspende nicht hätten? Daß wir dies tun könnten, indem wir anstatt der Kranzspende irgend eine Geldsumme für wohltätige Zwecke geben, wird jeder verneinen, der das Symbolische der Niederlegung eines Kranzes versteht. Es ist ein Unding, eine im Volkstum wurzelnde Sitte in Verbindung mit einem anderen Gebrauch zu bringen und die Ansicht zu verbreiten, man könne das Eine durch das Andere ersetzen. Das richtige Gefühl sagt uns, man soll beides tun; man soll den Toten die Ehre erweisen, man soll aber auch, und namentlich im Kriege, Wohltätigkeit üben. Gute, im Volke wurzelnde Gebräuche soll man nicht entwurzeln; man soll sie stärken. Unser Kaiserhaus geht mit leuchtendem Beispiel voran und unterläßt es nie, eine Kranzspende niederzulegen, wo ein äußeres Ausdruck der Allerhöchsten Teilnahme und des Mitgefühls gegeben werden soll

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160304014/fragment/page=0003

Für das Fach der Hygiene und Bakteriologie habilitierte sich in Halle a. S. Dr. med. Karl Eitel Friedrich Schmitz mit einer Antrittsvorlesung „Ueber die Bedeutung des Geburtenrückganges und der Kriegsverluste für die Zukunft des deutschen Volkes.“

Ueber die Kriegskinderspende herrscht vielfach noch Unklarheit, weshalb wir die Bestimmungen darüber nachfolgend wiedergeben: Jede Frau, deren Kind nach dem 19. September 1915 geboren ist und deren Ehemann sich zurzeit der Geburt im Heeresdienst befand oder gefallen bezw. im Dienst gestorben ist, kann bei besonderer Bedürftigkeit die Frau Kronprinzessin in einem kurzen Gesuch um ein Unterstützungsgeschenk bitten. Das Gesuch muß die Angaben enthalten, wann der Ehemann in den Heeresdienst eingetreten und an welchem Tage das Kind geboren ist. Amtliche Unterlagen sind nicht beizufügen. Der Unterschrift ist außer Wohnort und Wohnung auch Staat und Provinz zuzusetzen. Die Adresse auf dem Umschlag muß lauten: „Kriegskinderspende deutscher Frauen“, Berlin W. 62, Wichmannstr. 20. Zur Bewilligung der Unterstützung ist nötig, daß die vorgenommenen Erhebungen den Nachweis wirklicher Bedürftigkeit ergeben. Um unnötige Ausgaben zu vermeiden, können weder unzutreffende Gesuche beantwortet, noch eingesandte Anlagen zurückgesandt werden. Die Frauen werden gut tun, ihre Gesuche hinsichtlich der Bedürftigkeit streng wahrheitsgemäß abzufassen und dem Pfarramt zur kostenlosen Beglaubigung vorzulegen.

Kriegsvorlesungen der Universität Halle. Nach dem soeben erschienenen Vorlesungsverzeichnis der Universität Halle werden in dem bevorstehenden Sommerhalbjahr folgende auf den Krieg bezügliche Vorlesungen gehalten werden: Dr. Grund: Von der Entstehung innerer Krankheiten durch Unfall und Kriegsbeschädigung; Dr. Stieda: Ausgewählte Kapitel aus der Kriegschirurgie; Dr. Haasler: Behandlung der Folgeerkrankungen der Kriegsverletzungen; Dr. Härtel: Chirurgischer Verbandskursus und Röntgendiagnostik; Dr. Kauffmann: Psychische Störungen im Kriege; Dr. Jolly: Ueber die im Krieg entstandenen Nerven- und Geisteskrankheiten; Dr. Willige: Neurosen und Psychosen nach Unfall; Prof. Dr. v. Drigalski: Der große Krieg, ärztliche und volkshygienische Fragen; Dr. K. Loening: Krankenpflege; Professor Dr. Wiedenfeld: Deutschland und die Weltwirtschaft; Prof. Dr. Loening: Völkerrecht; Prof. Dr. Haußleiter: Kirchen und Missionen im Orient; Dr. Sommerlad: Allgemeine Kolonial- und Handelsgeschichte; Dr. Hasenclever: Geschichte Aegyptens im 19. Jahrhundert; Prof. Dr. Brockelmann: Türkisch; Dr. Weege: Kriegs- und Siegesdenkmäler in der antiken Kunst.

Auszeichnung. Der Rechtsanwalt Dr. Richter, Leutnant und Adjutant des Feldartillerie-Regiments Nr. 223, ist mit dem Hamburger Hansaatenkreuz ausgezeichnet worden.

Vademecum für Orientfahrer. Die Deutsch-Türkische Vereinigung zu Berlin, die hier bereits durch ihren Vertrauensmann zwei türkische Sprachkurse hat einrichten lassen, hat kürzlich eine kleine Flugschrift unter obigem Titel herausgegeben. Die Schrift soll für Personen bestimmt sein, die nach dem Orient reisen wollen. Interessenten wird das kleine Merkblatt auf schriftlichen Antrag gern durch den Vertrauensmann der Deutsch-Türkischen Vereinigung für Halle a. d. S. und Umgegend, Herrn Dr. Walter Hoffmann in Halle a. d. S., Franckestr. 5, zur Verfügung gestellt.

Provinzial-Nachrichten.

Mansfeld, 3. März. (Ankauf von Masthammeln.) Der Kreis hat einen großen Posten Masthammel gekauft, die von jetzt ab an die Fleischer abgegeben werden. Der Preis beträgt beim Fleischer für ein Pfund Hammelfleisch 1,50 Mk.

Trebitz b. Könnern, 2. März. (Sein 25jähriges Amtsjubiläum) beging gestern der Lehrer Hahn. Von der Gemeinde wurden ihm aus diesem Anlaß zwei wertvolle Bilder überreicht. Auch sonst noch erhielt der Jubilar zahlreiche Glückwünsche und Geschenke von nah und fern.

Teuchern, 3. März. (Städtisches.) Auch für das kommende Jahr werden hier 250 Prozent Zuschläge zur staatlichen Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und 100 Proz. mit zur Betriebssteuer erhoben werden.

Niedergebra, 3. März. (Der Mühlenbetrieb) des Mühlenbesitzers Braun ist laut landrätlicher Bekanntmachung geschlossen, und der mit ihm geschlossene Mahlvertrag ist aufgehoben, weil er entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Brotgetreide als Viehfutter verkauft hat.

Torgau, 2. März. (Der heutige Schweinemarkt) war mit etwa 300 Ferkeln und 20 Läuferschweinen beschickt. Ferkel kosteten das Paar 65—80 Mk. Für Läufer zahlte man je nach Qualität und Größe 60—90 Mk. für das Stück. Der Markt wurde fast geräumt.

Dessau, 2. März. (Am Vermählungstage der Prinzessin Marie Auguste) von Anhalt mit dem Prinzen Joachim von Preußen, dem 11. März, findet auf Befehl des Herzogs im Herzoglichen Hoftheater in Dessau für etwa 1000 Kinder aus den sämtlichen Volksschulen daselbst eine Freivorstellung des Weihnachtsmärchens „Aschenbrödel“ oder „Der gläserne Pantoffel“ statt.

Gera, 2. März. (Diebstähle.) Der hiesigen Kriminalpolizei gelang jetzt endlich die Festnahme einer ganzen Diebesbande, die hier ärmeren Leuten, die sich einige hundert Mark gespart hatten, die Sparkassenbücher gestohlen, die Barbeträge abgehoben und für sich verbraucht hatten.

— **Greiz, 3. März.** (Unüberlegte Handlungen.) Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß man unseren Kämpfern draußen nicht ohne äußerste Not das Herz schwer machen soll. Liebe Nachbarn beiderlei Geschlechts und Klatschweiber wissen's besser. Trinkt da ein Junge aus einer Flasche mit Lysol und macht so der Mutter und dem Arzt ein paar Stunden ernstlich zu schaffen. Die wackere Frau schreibt dem Manne nichts davon. Dafür sorgt aber jemand von denen, die nichts Besseres zu tun haben, als vor fremden Türen zu kehren. So erfährt der Vater im Felde, daß sein Kind sich vergiftet habe, nicht aber zunächst, daß es nach zwanzig Stunden außer Gefahr war. Kein Tadel ist scharf genug über die heuchlerische Teilnahme von Zuträgern — im Kriege und allezeit.

Erfurt, 2. März. (Einbruchsdiebstahl.) In einem Hause an der Richard-Breslaustraße ist in der vergangenen Nacht ein Einbruch verübt worden. Im Innern des Hauses wurden mit Stemmeisen und Bohrer oder Feile aus zwei Schreibtischen 200 und 355 Mark gestohlen, zusammen also 555 Mark, zum größeren Teil Papiergeld, ferner ein Armband mit fünf Goldstücken aus dem Jahre 1888 (Dreikaiserbildnisse), eine Platinkette mit Brillantanhänger im Werte von 800 Mark, zwei goldene Kettenarmbänder, ein goldenes Kollier, ein Brillanthemdenknopf im Werte von 110 Mark, ein Dutzend silberne Kaffeelöffel mit Goldinnenfläche, ein Dutzend schwere Silbereßlöffel mit den Buchstaben G. S., eine Brillantbrosche im Werte von 120 Mark, eine goldene Brosche mit rosafarbener Koralle und sechs Perlchen, ein goldener Damenring mit Granaten, eine goldene Damenuhr, zwei Tulamanschettenknöpfe, ein silberner Regenschirmgriff, zwei seidene orientalische Tischdecken, ein Opernglas usw. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen, eingerechnet das bare Geld, beträgt 1800 bis 1900 Mark.

Preußisch-Börnecke, 2. März. (Trotz der Warnung der Militärbehörden,) keine Sprenggeschosse mit nach Hause zu nehmen, hatte ein Landsturmmann ein solches hierhergeschafft. Als der Mann das Geschoß, wahrscheinlich eine Handgranate, zeigen wollte und sich damit auf den Hof begab, rutschte er auf dem Steintritt aus und schlug dabei mit dem Geschoß gegen die Mauer. Es platzte und zerriß ihm die rechte Hand derart, daß sie ihm abgenommen werden mußte.

Letzte Depeschen.

Eine deutsche Erklärung der „Selbstverteidigung“ englischer Handelsschiffe.

Berlin, 3. März. Nach einer gestern durch das Reutersche Bureau veröffentlichten Erklärung geht die englische Auffassung über das Verhalten bewaffneter Handelsschiffe dahin, daß diese auf Unterseeboote oder irgendwelche andere Kriegsschiffe nicht feuern dürfen, außer zur Selbstverteidigung. Die deutsche Schlußfolgerung aus den auf genommenen englischen Schiffen gefundenen Schriftstücken, daß Handelsschiffe Weisung hätten, die Offensive zu ergreifen, sei falsch.

Diese Erklärung ist irreführend. Die Deutsche Regierung hat die auf englischen Schiffen gefundenen Weisungen in photographischer Wiedergabe ihrer Denkschrift beigefügt, so daß sich jeder Unbefangene sein Urteil selbst bilden kann. Aus dem deutschen Material geht der wahre Charakter der angeblich nur zu Verteidigungszwecken bewaffneten englischen Schiffe klar hervor. Er ergibt sich schon aus dem ungewöhnlichen Nachdruck, mit dem die Geheimhaltung der Weisung gefordert wurde. Der artilleristische Inhalt der Weisungen und die militärische Stellung der Geschützmannschaften zeigen, daß es sich hier nicht um die früher übliche Bewaffnung eines feindlichen Handelsschiffes, sondern um die Einstellung der britischen Handelsflotte in den Kampf gegen die deutsche Kriegsmarine handelt. Dazu kommt, daß in den Weisungen ausdrücklich gesagt ist, die Eröffnung des Feuers auf die deutschen Unterseeboote solle von der Vornahme irgendwelcher feindseligen Handlung durch die Unterseeboote nicht abhängig sein. Diese offensiven Weisungen werden nicht dadurch defensiv, daß sie sich in der Ueberschrift selbst als defensiv bezeichnen. Aus zahlreichen Fällen unprovozierter Angriffe, wie sie in der Anlage 4 der deutschen Denkschrift zusammengestellt sind, erhellt übrigens zur Genüge, daß die englischen Handelsschiffe den Sinn der ihnen erteilten Weisungen sehr wohl verstanden haben.

Der Beirat der Reichspreisstelle zur Kartoffelversorgung.

WTB. **Berlin,** 3. März. Der Beirat der Reichspreisstelle trat heute vormittag zu einer zweiten Vollsitzung unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Freiherrn v. Stein zusammen. Eingehend wurde die Kartoffelversorgung bis zur nächsten Ernte erörtert und die allgemeine Erwartung ausgedrückt, daß die getroffenen und die beabsichtigten Maßnahmen bei strenger Durchführung erfolgreich sein werden. Indessen wurde die sofortige Verbrauchserhebung in den mittleren und großen Städten für erforderlich erachtet. Ueber die Kartoffelversorgung im nächsten Erntejahr fand eine Aussprache statt. Darnach wurde die Lage auf dem Kaffee-, Tee- und Kakaomarkte besprochen. Schließlich wurde über die Schaffung einer Zwischenstelle für Kleingemüsebau, sowie über die Gründung einer Gemüsebau- und Verwertungsgesellschaft und die Sicherung der Rückstände als Dörrgemüse oder Futtermittel beraten.

Dr. v. Koseritz †.

WTB. **Dessau,** 3. März. Der frühere anhaltische Staatsminister und Ehrenbürger der Stadt Dessau, Dr. v. Koseritz, ist am 1. März in Gernrode gestorben.

Die Post der „Mecklenburg“ doch verloren.

WTB. **Haag,** 3. März. Die Post vom Dampfer „Mecklenburg“, von der es zuerst hieß, sie sei gerettet, ist, wie von befugter Seite mitgeteilt wird, verloren.

Wirtschaftlicher Zusammenschluß der Mittelmächte.

WTB. **Reichenberg** (Böhmen), 3. März. Die Handelskammer befaßte sich in ihrer letzten Vollsitzung mit dem Bericht des Handelspolitischen Ausschusses in der Angelegenheit der wirtschaftspolitischen Annäherung an das Deutsche Reich, wobei sämtliche Redner die Notwendigkeit eines möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Mittelmächte eingehend behandelten.

Ernennungen der bulgarischen Prinzen zu österreichischen Offizieren.

WTB. **Wien, 3. März. Strefflens Militärblatt meldet, daß Kaiser Franz Josef den bulgarischen Kronprinzen zum Major und den Prinzen Kyrill zum Rittmeister im Husarenregiment Ferdinand, König der Bulgaren Nr. 11 ernannt hat.**

Versenkt.

WTB. **London, 3. März. „Lloyds“ meldet aus Bordeaux: Der französische Dampfer „Lakine“ wurde am 29. Februar auf der Fahrt nach Dünkirchen versenkt. Sechs Personen werden vermißt.**

Der russische Bericht.

WTB. **Petersburg,** 3. März. Amtlicher Bericht vom 2. März. Westfront: Am Kanger-See beschossen die Deutschen die Dörfer Lapamesch und Bigaun mit Schiffsgeschützen. Ueber dem Abschnitt von Riga erschienen zahlreiche deutsche Flugzeuge, die Bomben abwarfen. An der Düna zwischen Uexküll und Elisenhof (18 Kilometer südöstlich Uexküll) warfen feindliche Flugzeuge ebenfalls einige Bomben ab. Im Abschnitt von Dünaburg beschossen die Deutschen unsere Stellungen bei Illuxt und in der Gegend der Eisenbahn nach Poniewicz mit Minen von 4 Pud Gewicht (65,52 Kilo). Die deutsche schwere Artillerie beschoß die Gegend beim Swenten-See. Unsere Artillerie entwickelte gegen Nowo-Alexandrowsk und den Bahnhof Turmont (21 Kilometer südlich Dünaburg) eine wirksame Tätigkeit. In Galizien an der mittleren Strypa versuchten die Deutschen, sich unseren Verschanzungen zu nähern. Sie wurden jedesmal durch unser Feuer zurückgeschlagen.

Kaukasusfront: Die Türken setzten ihren Rückzug gegen Erzinajan fort. Dort fand unsere Kavallerie vier von den Türken verlassene Geschütze. Unter unserem Druck setzt der Feind seinen Rückzug auf Bitlis fort. Wir besetzten Gosck und das Kloster Gerohigen, 10 Werst nordöstlich Bitlis.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 3. März. Bei ziemlich ruhigem Geschäftsgang zeigte sich heute im freien Börsenverkehr anfangs schwankende und teilweise etwas schwächere Haltung. Im Verlauf befestigten sich einzelne Gebiete des Kassa-Industriemarktes und die Zurückhaltung machte hier und dort einiger Unternehmungslust Platz. In deutschen Anleihen blieb die Stimmung behauptet. Oesterreichisch-Ungarische Renten gaben leicht nach, Rumänier ziemlich gehalten. Rubelnoten in fester Haltung. Von Montanaktien stiegen Caro-Hegenscheidt, Consolidation und Bismarckhütte, während Oberbedarf die anfängliche Besserung nicht behaupteten. Phönix-Aktien fest. Sonst herrschte für Lindenberg und Becker Stahl-Aktien sowie in Gelsenkirchen Guß Nachfrage, und Gebr. Böhler zogen merklich an. Von Rüstungswerten gingen Daimler nach Schwankungen höher, Ludwig Loewe, Horch und Benz Motoren gebessert. Hirsch Kupfer und Rottweiler fest, Dynamit und Viktoria Fahrrad etwas matter. Von Maschinenwerten zogen Anhalter Maschinen und Gaggenau an, Hackethal-, Gebr. Körting-, Hugo Schneider- und Dinnendahlaktien waren gefragt. Schiffahrtsaktien durchweg schwach, Bremer Vulkan gebessert. Von sonstigen Werten zeigten Mix & Genest, Sachsenwerk, Akkumulatoren und Deutsche Tonröhren festere Kurse. Deutsche Erdöl-Aktien im Verlauf befestigt. Tägliches Geld 4½ bis 4¼ Prozent. Privatdiskont 4¾ Prozent.

Devisenkurse.

Berlin, 3. März 1916.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt

		Heute		Voriger Tag	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	541	543	541	543
Holland	100 fl.	237¼	237¾	237	237½
Dänemark	100 Kr.	156¾	157¼	156¾	157¼
Schweden	100 Kr.	156¾	157¼	156¾	157¼
Norwegen	100 Kr.	156¾	157¼	156¾	157¼
Schweiz	100 Fr.	106⅜	106⅝	106⅜	106⅝
Wien, Budapest	100 K.	69,45	69,55	69,45	69,55
Rumänien	100 Lei	85	85½	84¾	85¼
Bulgarien	100 Leva	77½	78½	77½	78½

Getreide.

Berlin, 3. März. Die Stimmung am Produktenmarkt war fest. Zufuhren und Angebot haben sich nicht wesentlich vergrößert, so daß die Kauflust, die für einzelne Artikel stärker hervortrat, nicht befriedigt werden konnte. Die Preise waren im allgemeinen nur wenig verändert. Maismehl blieb vernachlässigt. Spelzstreumehl stellte sich etwas teuerer. Wetter: trocken. Der Getreidemarkt blieb ohne Notiz.

Hallescher Bankverein Kulisch, Kaempf & Co. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 7. April stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 7½ Prozent (7 Prozent) bei vorsichtiger Bewertung der Bestände und Außenstände vorzuschlagen.

Bevorstehende Preiserhöhung für Tapeten. Der Hauptverein deutscher Tapetenhändler hält demnächst in Berlin eine Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag auf Erhöhung der Einkaufspreise um 20 Prozent.

10 Prozent Dividende bei der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Akt.-Ges. In der Aufsichtsratssitzung der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Akt.-Ges. wurde beschlossen, der am 2. Mai abzuhaltenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (i. V. 2 Prozent) nach Abschreibungen von 6 008 506 (3 604 165) Mk. vorzuschlagen. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind günstig. Die Werke sind bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt.

Kammgarnspinnerei M.-Gladbach in M.-Gladbach. Der Aufsichtsrat schlägt für 1915 eine Dividende von 4 (i. V. 5) Prozent vor.

Merck'sche Guano- und Phosphatwerke. Der Aufsichtsrat schlägt 5 (0) Prozent Dividende vor.

Der Verwertungspreis der Spiritus-Zentrale für 1914/15 ist auf 66 Mk. 70⁴/₁₀ Pfg. festgesetzt. Da für alle Anlieferungen aus dem Geschäftsjahr 1914/15 bereits 62 Mk. ausgezahlt sind, ergibt sich ein Nachschuß von 4 Mk. 70⁴/₁₀ Pfg. für das Hektoliter, welcher demnächst zur Auszahlung gelangen wird. Der Verwertungspreis des letzten Jahres war 51 Mk. 50,99 Pfg.

In der Anfechtungsklage gegen die Kyffhäuserhütte Akt.-Ges., die von verschiedenen Aktionären gegen die Beschlüsse der Generalversammlung vom 29. Juni 1915 gerichtet worden war, ist jetzt die Begründung des für die klagenden Aktionäre günstigen Urteils des Landgerichts Nordhausen erschienen. Danach ist der Klage stattgegeben worden, weil die Frist von mindestens zwei Wochen, die für die Hinterlegung der zur Generalversammlung angemeldeten Aktien bei einem Notar einzuräumen war, nicht gewahrt worden ist. Da die Einberufung der Generalversammlung nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprochen habe, konnten auch keine rechtsgültigen Beschlüsse gefaßt werden.

Schutzverband der Getreidehändler in Hamburg. In der Generalversammlung bemerkte der Vorsitzende, daß sich den Bestrebungen des Schutzverbandes insbesondere der Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder gegenüber Schuldnern im Auslande nach Beendigung des Krieges große Schwierigkeiten gegenüberstellen würden, da sich die Verhältnisse gegenüber den Friedensjahren erheblich geändert haben. In dieser Hinsicht sei zu befürchten, daß die ausländischen Richter, soweit das feindliche Ausland in Frage komme deutschen Gläubigern nicht vorurteilsfrei entgegentreten würden. Der Vorstand und der Arbeitsausschuß würden daher großen Schwierigkeiten begegnen müssen, um die Rechte der deutschen Importeure wahrzunehmen.

Eisleber Diskonto-Gesellschaft in Eisleben. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1915 wird u. a. ausgeführt: Das Jahr 1915 stand bei uns im Zeichen einer starken Geldbewegung. Diese hatte ihren Grund in der intensiven kriegswirtschaftlichen Betätigung unseres Arbeitsgebietes und fand in der Steigerung des Gesamtumsatzes von 92 Millionen auf 143 Millionen Mark ihren ziffernmäßigen Ausdruck. Was das Wertpapiergeschäft anlangt, so beschränkte sich dasselbe fast ausschließlich auf Anlagen in Kriegsanleihen. Wir haben von allen drei Anleihen insgesamt etwa 7 Millionen Mark untergebracht. Den vorliegenden Abschluß glauben wir als einen befriedigenden bezeichnen zu können. Wir beantragen, aus dem erzielten Reingewinn eine Dividende von wiederum 13 Prozent zur Verteilung zu bringen.

Commerz- und Disconto-Bank. Am 16. März findet bei dem Institut eine Aufsichtsratssitzung statt, in der der Abschluß für 1915 vorgelegt wird.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 2. März. Weizen: Mai 111¼, Juli 108¾. Mais: Mai 73⅞, Juli 73⅞. Schmalz: Mai 10,57½, Juli 10,77½. Pork: Mai 21,20, Juli 21,50. Rippen: Mai 11,62½, Juli 11,75. Hafer: Mai 42⅞, Juli 41⅛.

Newyork, 2. März. Weizen: Mai 119¼. Winterweizen 123. Weizen I northern 132½. Mais loco 79¾. Zucker 520 bis 526. Kaffee Rio 7 loco 9¼.

Wasserstände.

(+ bedeutet über — unter Null).

Elbe (3. März).

Aussig	+2,05	Roßlau	+2,8
Dresden	+0,47	Barby	+2,11
Torgau	+2,50	Schönebeck	+2,89
Wittenberg	+3,41	Magdeburg	+2,49

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: I. V. Siegfried Dyck; für Unterhaltungsblatt und Letzte Nachrichten: Hans Natonek; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160304014/fragment/page=0004